

Vielfältige Organisationsformen der neuen Kinder- und Erwachsenenschutzbehörden

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **113 (2016)**

Heft 2

PDF erstellt am: **15.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-840106>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

NACHRICHTEN

Basel-Stadt: Strukturwandel im Arbeitsmarkt

Das Arbeitsmarktumfeld im Kanton Basel-Stadt war zwischen 2004 und 2014 von einem starken Strukturwandel betroffen. Vor allem im industriellen Sektor wurden weitere Stellen abgebaut. Eine aktuelle Studie der Hochschule für Soziale Arbeit FHNW zeigt, dass schlecht qualifizierte junge Erwachsene, ältere Personen mit tiefen Qualifikationen, chronisch Kranke und Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen sowie Alleinerziehende in Folge dieses Wandels besonders von einer erschwerten Arbeitsmarktintegration, von Arbeitsplatzverlust und prekärer Beschäftigung betroffen sind. Die Autoren der Studie fordern aufgrund ihrer Beobachtungen eine bessere Koordination der Unterstützungsangebote und geben Handlungsempfehlungen für den Umgang mit gefährdeten Gruppen ab. Weiter wird angeregt, das Bewusstsein der Unternehmen für ihre soziale Verantwortung durch Sensibilisierungskampagnen und durch die Schaffung von Anreizstrukturen zu stärken.

Kanton Waadt: FamEL bewähren sich

Eine Studie des Kantons Waadt hat die kantonalen Familienergänzungsleistungen (FamEL) und Überbrückungsrenten evaluiert. Sie zeigt, dass die materielle Unsicherheit von Familien und von Personen kurz vor dem Rentenalter durch die 2011 eingeführten Sozialleistungen reduziert wird. Zwischen Oktober 2011 und Dezember 2014 haben insgesamt 4400 Familien von Ergänzungsleistungen profitiert und 885 Personen haben eine Überbrückungsrente bezogen.

«Schweizer Gemeinde» mit SKOS-Praxisbeispielen

Komplexe Fälle stellen die Sozialdienste und Sozialbehörden der Gemeinden immer wieder vor schwierige Fragen. Im Rahmen einer Kooperation mit der SKOS publiziert der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) in der Zeitschrift «Schweizer Gemeinde» künftig regelmässig Fallbeispiele über die Anwendung der SKOS-Richtlinien. Die Praxisbeispiele beantworten in leserfreundlicher Form Fragen, die an die SKOS-Line gestellt werden. Die SKOS und der SGV wollen mit der Kooperation die Gemeindebehörden in ihrer täglichen Arbeit unterstützen.

Vielfältige Organisationsformen der neuen Kinder- und Erwachsenenschutzbehörden

Im Jahr 2013 haben die neu geschaffenen Kinder- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) ihre Arbeit aufgenommen. Ein vom Bundesamt für Justiz in Auftrag gegebener Bericht zieht eine erste Bilanz und blickt auf die Organisationsformen, die sich gebildet haben. Grundsätzlich gibt es drei Modelle: Sechs Kantone haben die KESB bei Gerichten angesiedelt, 14 haben die KESB bei einer kantonalen Verwaltungsstelle etabliert und in sechs Kantonen hat man sich für eine Lösung mit kommunaler Trägerschaft entschieden. Beim dritten Modell ist die Einbindung der Gemeinden in die Trägerschaft der KESB von Kanton zu Kanton und von KESB zu KESB verschieden ausgestaltet. Die Organisationsformen der kommunalen KESB können auch innerhalb der Kantone unterschiedliche Formen annehmen. Das zeigt sich etwa in St. Gallen, Zürich und Luzern. Dies habe zu einer komplexen und vielfältigen «Landschaft» von Organisationsformen der KESB geführt. Eine wichtige Rolle für die Wahl der Modelle spielten situative und lokale Gegebenheiten, bestehende Strukturen sowie politische Gründe. In der Romandie ist aus historischen Gründen das Gerichtsmodell am stärksten verbreitet.

Insgesamt hat sich die Zahl der zuständigen Behörden von 1414 auf 147 reduziert. Die Zahl der KESB pro Kanton schwankt zwischen 1 (Kantone der Zentral- und Ostschweiz sowie Kantone Basel-Stadt, Genf, Jura und Schaffhausen) und 27 (Wallis). Die meisten Kantone verfügen über eine bis drei KESB. Organisatorische Unterschiede



Durch die Reform wurde die Zahl der zuständigen Behörden stark reduziert. Bild: Keystone

ergeben sich auch in Bezug auf die Abklärungsdienste: Teilweise liegen diese bei der KESB selbst, teilweise führen andere die Abklärungen für die KESB durch. Auch bei der Organisation der Berufsbeistandschaften gibt es klare Unterschiede. So können diese durch spezialisierte Dienste mit kantonalen Trägerschaft oder durch private Organisationen geführt werden. Andernorts sind kommunale Sozialdienste oder gar die KESB selber für die Führung der Berufsbeistandschaften zuständig. ■

Jede fünfte Person in der Schweiz ist arm oder armutsgefährdet

2014 waren 6,6 Prozent der Schweizer Bevölkerung oder rund 530 000 Personen von Einkommensarmut betroffen, darunter 123 000 Erwerbstätige. Dies zeigt die Erhebung über die Einkommen und die Lebensbedingungen (SILC) des Bundesamts für Statistik. 13,5 Prozent der in der Schweiz lebenden Personen waren 2014 armutsgefährdet. Sie verfügen über weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens und sind besonders gefährdet, bei einer Verschlechterung ihrer Einkommenssituation

in die Armut abzurutschen. Bei 4,6 Prozent der Bevölkerung führten finanzielle Engpässe zu Schwierigkeiten im täglichen Leben. Sie mussten in mindestens drei von neun in der Studie definierten Lebensbereichen wegen Geldmangels zurückstecken. So waren beispielsweise 21,6 Prozent nicht in der Lage, eine unerwartete Rechnung von 2500 Franken innerhalb eines Monats zu bezahlen. Im europäischen Vergleich gehört die Schweiz zu den Ländern mit dem höchsten Lebensstandard. ■